



Abb. K101: 7. Mai 1945: Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel unterzeichnet die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands im Hauptquartier der Russischen Armee in Berlin. Der Zweite Weltkrieg ist damit beendet.

Stunde Null

Militärverbindungsmissionen

Die Bildung der Militärverbindungsmissionen (MVM) und ihr Aufenthaltsrecht auf dem Territorium der DDR ausschließlich Berlin¹ resultierte aus dem Artikel 2 des „Abkommens über den Kontrollmechanismus in Deutschland“. Dieses Vertragswerk wurde am 14. November 1944 von Regierungsvertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens in London unterzeichnet. Zu einem späteren Zeitpunkt trat auch Frankreich² dem Abkommen bei. Diese Rechtskonstrukte sahen im Kern vor, dass die oberste Gewalt von den Oberkommandierenden der Streitkräfte der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs jeweils in ihrer Besatzungszone ausgeübt wird und gemeinsam in Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen (Artikel 1). Unabhängig davon hieß es in Artikel 2: „... Jedem Oberkommandierenden werden in seiner Besatzungszone Militär-, Marine- und Luftwaffenvertreter der anderen beiden Oberkommandierenden für Verbindungszwecke zugeteilt.“³ Eine Konkretisierung dieser zunächst recht allgemeinen Formulierung erfolgte unter Rückgriff auf das Londoner Abkommen in zweiseitigen Vereinbarungen zwischen den jeweiligen Oberkommandierenden der in den Besatzungszonen stationierten alliierten Truppen. In den Jahren 1946/47 schlossen der Beauftragte des Oberkommandierenden der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland⁴ auf der einen Seite und die Beauftragten der Oberkommandierenden der in den Westzonen stationierten Streitkräfte der USA⁵,



Abb. K102: Yalta-Konferenz der drei Alliierten Sowjetunion, USA und Großbritannien mit dem Beschluss zur Teilung Deutschlands nach Kriegsende. Gruppenfoto der Staatschefs Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin.

Großbritanniens⁶ und Frankreichs⁷ auf der anderen Seite nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit die erforderlichen Abkommen über den Austausch und die Akkreditierung ihrer Militärverbindungsmissionen.⁸ Diese Abkommen regelten die speziellen Rechte und Pflichten von MVM-Angehörigen. Hinsichtlich ihrer Ausgestaltung wiesen die geschlossenen Verträge keine Unterschiede auf. Lediglich die Anzahl der akkreditierten Missionsmitglieder schwankte. Während aus den Verhandlungen mit der britischen Seite 1946 noch 31 Akkreditierungen hervorgingen, sahen die vertraglichen Vereinbarungen im darauf folgenden Jahr mit Frankreich 18 und den USA dann nur noch 14 Mitglieder vor. Der Offerte des sowjetischen Oberkommandos nach mehr Mitgliedern wollten die USA und Frankreich

nicht folgen. Die Westalliierten vereinbarten untereinander in ihren Besatzungszonen keine gesonderten bilateralen Verträge für Militärverbindungsmissionen. Aus den bilateralen Verträgen mit der sowjetischen Seite erwuchsen komplizierte und zum Teil widersprüchliche rechtliche Folgen, die nicht nur die alliierten Militärs in ihrem Handeln untereinander betrafen, sondern auch die UdSSR und die DDR sowie die DDR im direkten Aufeinandertreffen mit den MVM und damit stellvertretend auch den Westmächten. In einer Studie zeichnete das MfS 1975 die rechtlichen Aspekte des Aufenthalts der MVM auf dem Territorium der DDR nach und diskutierte die unterschiedlichen praktischen Folgen. Als Grundübel griff die Expertise das Fortbestehen von Verträgen auf, die aus der Sicht der DDR historisch überholt schienen und in ihren Auswirkungen vermeintlich auch im Widerspruch zu ihrem ursprünglichen Zweck standen: „Die Funktion der MVM besteht in der Aufrechterhaltung einer ständigen und direkten Verbindung zwischen dem Oberbefehlshaber der GSSD und den Oberbefehlshabern der in der BRD stationierten Streitkräfte der USA, Großbri-

1 Da Berlin Sitz des Alliierten Kontrollrates war und die administrative Verwaltung von der Alliierten Kommandantur wahrgenommen wurde, erstreckte sich die Tätigkeit der MVM nicht auf die geteilte Stadt.

2 „Abkommen über das Kontrollverfahren in Deutschland“ vom 14. 11. 1944, ergänzt durch das Abkommen vom 1. 5. 1945 über die Beteiligung Frankreichs.

3 Detailliert widmete sich eine Studie des MfS vom Oktober 1975 mit den rechtlichen Problemen der MVM/ML „Der Status der Militärverbindungsmissionen (MVM) und der Militärinspektionen (MI) der drei Westmächte; die rechtlichen Grundlagen der politisch-operativen Arbeit zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung subversiver Aktivitäten und anderer Rechtsverletzungen der MVM und ML.“ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage 13 zu GVS JHS 001-52/75, S. 1-61

4 Generaloberst M. S. Malinin, Stellvertreter des Oberkommandierenden und Chef des Stabes der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland

5 Generalleutnant Hübner, Stellvertreter des Oberkommandierenden der europäischen Gruppe der amerikanischen Armee

6 Generalleutnant B. H. Robertson, Stellvertretender Militär-gouverneur CCG (BE)

7 Generalleutnant R. Nuare, Stellvertreter der Oberkommandierenden der französischen Gruppe des Kontrollrates

8 Im Einzelnen handelte es sich um folgende zweiseitige Vereinbarungen: Abkommen über den Austausch von Militärverbindungsmissionen zwischen den Oberbefehlshabern der sowjetischen und britischen Besatzungszone in Deutschland vom 16. September 1946; Abkommen über die Militärmissionen bei den sowjetischen und amerikanischen Oberkommandierenden der Okkupationszone Deutschlands vom 3. April 1947; Abkommen über die Militärmissionen bei den sowjetischen und französischen Oberkommandierenden der Okkupationszone Deutschlands vom 3. April 1947.

tanniens und Frankreichs bzw. ihren Stäben. Im Rahmen dieser Funktion haben die MVM Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Realisierung der Verpflichtungen auf der Grundlage der vierseitigen Abkommen zu lösen. Dies entspräche ihrem ursprünglichen völkerrechtlich vereinbarten Charakter, Instrument des Abbaus der Gefahr militärischer Konfrontation durch gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen und durch vertrauensbildende Maßnahmen zu sein. Im Widerspruch zu dieser vereinbarten Funktion als spezielle staatliche Vertretungen erweisen sich die MVM der Westmächte gegenwärtig primär als Instrument der Subversion, vor allem der militärischen Aufklärung gegen die UdSSR, die DDR und die Verteidigungscoalition der Warschauer Vertragsstaaten.⁹ Es gab keinen Friedensvertrag mit Deutschland und so bestand das Besatzungsrecht fort, selbst wenn sich mittlerweile zwei deutsche Staaten als vermeintlich souverän etabliert hatten: „Die Weitergeltung der zweiseitigen Vereinbarungen des Oberkommandierenden der GSSD mit den Oberkommandierenden der in der BRD stationierten Streitkräfte der USA, Großbritanniens und Frankreichs über den Austausch von MVM resultiert aus der Tatsache, daß die UdSSR in der ‚Erklärung über die Aufhebung der kontrollierenden Tätigkeit des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland und über die Herstellung der vollen Souveränität der DDR in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten‘ vom 25. März 1954 das Recht vorbehielt, weiter ihre Funktionen auszuüben, die mit der Gewährleistung der Sicherheit im Zusammenhang stehen und sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der UdSSR aus den Viermächteabkommen erwachsen ... und die mit der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen mit den Vertretern der Besatzungsbehörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs ... im Zusammenhang stehen und die sich aus den vereinbarten Beschlüssen der

vier Mächte über Deutschland ergeben. Dieser Rechtsstandpunkt der UdSSR wurde von der DDR mit dem Abschluß des Vertrages über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. September 1955 ausdrücklich unterstützt. Zur Realisierung der Rechte und Pflichten der GSSD in bezug auf die MVM der drei Westmächte hat der Oberkommandierende der GSSD Instruktionen¹⁰ erlassen. Dem Grundinhalt

¹⁰ Instruktion des Oberkommandierenden der GSSD, Armeegeneral P. Koschewoj, vom 11. September 1967. Maßnahmen zur Absicherung der Truppen und Objekte gegen das Eindringen von Mitgliedern der beim Oberkommandierenden der Gruppe der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte akkreditierten ausländischen Militärverbindungsmissionen. BStU, MfS, HA VIII Nr. 2039, S. 70 ff.

nach ist, soweit die Instruktion des Oberkommandierenden der GSSD vom 11. September 1967 dem nicht widerspricht, die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen (WDK) vom 18. April 1961 auf die MVM und ihre Mitarbeiter sinngemäß anzuwenden.“¹¹ Das partielle Handeln der Sowjetunion auf deutschem Boden nach Besatzungsrecht setzte den Souveränitätsbestrebungen der DDR enge Grenzen. Denn aus den geschlossenen Vor- und Nachkriegsverträgen mit den Westmächten schien ein einseitiger Ausstieg der UdSSR

¹¹ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage 13 zu GVS JHS 001-52/75, S. 10 f.

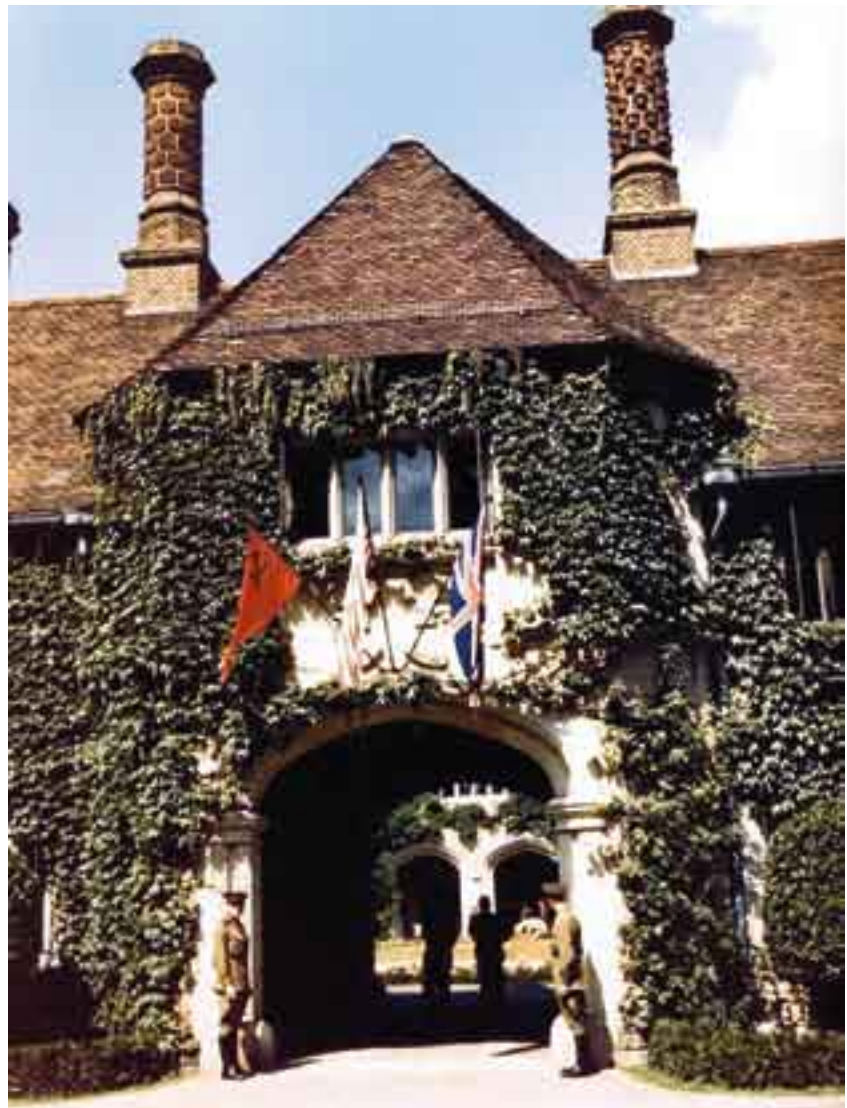


Abb. K103: 8. Juli bis 1. August 1945: Potsdamer Konferenz der Siegermächte. Schloss Cecilienhof.

⁹ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage 13 zu GVS JHS 001-52/75, S. 8

(Agreement Continued)

13. The buildings of each mission will enjoy full right of extra-territoriality.

14. a. The task of the mission will be to maintain liaison between both Commanders in Chief and their staffs.

b. In each zone the mission will have the right to engage in matters of protecting the interests of their nationals and to make representations accordingly, as well as in matters of protecting their property interests in the zone where they are located. They have a right to render aid to people of their own country who are visiting the zone where they are accredited.

15. This agreement may be changed or amplified by mutual consent to cover new subjects when the need arises.

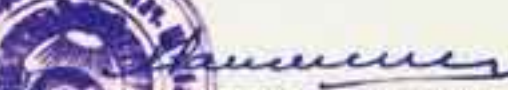
16. This agreement is written in russian and english languages and both texts are authentic.

17. This agreement becomes valid when signed by Deputy Commanders of United States and Soviet Zones of Occupation.


Lieutenant-General HUEBNER

Deputy Commander in Chief,
European Command.




General MALININ
Deputy Commander in Chief,
Chief of Staff of the Group
of Soviet Occupation Forces
in Germany

Saupers 1947

weder praktisch möglich noch politisch ernsthaft gewollt. Diesen offenkundigen Widerspruch versuchte das MfS für sich intern mit den Bündnisverpflichtungen zu rechtfertigen: „Die UdSSR realisiert ihre Aufgaben, die sich aus den völkerrechtlichen Vereinbarungen über den Austausch von MVM ergeben, im Interesse der Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft unter den jeweiligen Bedingungen der Klassenausinandersetzung. Damit verwirklicht sie zugleich wesentliche Aufgaben des Schutzes der Souveränität der DDR vor feindlichen Angriffen. Die GSSD respektiert die Hoheitsrechte der DDR, indem sie die Souveränität der MVM zur unbedingten Sicherung der Hoheitsrechte der DDR im konsultativen und praktischen Zusammenwirken mit den zuständigen Organen der DDR löst. Die GSSD verpflichtet die westlichen MVM zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie zur unbedingten Einhaltung der Rechtsordnung der DDR und gewährleistet mit ihren spezifischen Mitteln die Durchsetzung der hierzu getroffenen Festlegungen. Die DDR hält sich konsequent an die mit der UdSSR getroffenen Vereinbarungen, insbesondere an den Vertrag mit der UdSSR vom 20. September 1955; sie achtet konsequent die Rechte der UdSSR zum Austausch von MVM sowie zur Gewährleistung entsprechender Rechte, unterstützt die sowjetischen Organe bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf die MVM und erfüllt in enger Koordinierung mit den sowjetischen Organen wichtige Abwehraufgaben in Bezug auf die MVM.“¹² Während sich die DDR notgedrungen zur Achtung der zwischen Dritten ausgehandelten Privilegien für eine kleine Gruppe von Personen verpflichtete, blieben die sowjetischen Zusicherungen oft reine Lippenbekenntnisse. Eine Disziplinierung der westlichen MVM nach den Wunschvorstellungen der DDR fand nicht statt, da die Verträge jedes repressive Vorgehen gegen die Missionen ausschlossen. Selbst wenn die DDR aus der

bloßen Existenz der westlichen MVM als staatliche Vertretung der Westmächte auf ihrem Territorium eine allgemeine Pflicht zur Achtung der Souveränität ableitete, reichten die Befugnisse nicht aus, um eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR oder die Einhaltung der Rechtsordnung der DDR tatsächlich direkt bei den MVM einzufordern. Es blieb bei den hilflosen Appellen der DDR zur Einhaltung der zweiseitigen Vereinbarungen der Oberkommandierenden über den Austausch von MVM. An den Sowjets führte kein Weg vorbei, wenn es um die MVM ging. Die MVM und die DDR unterhielten deshalb offiziell keinerlei direkte Rechtsbeziehungen. Dennoch wählte das MfS zumindest in besonderen Situationen Rechtsbeziehungen auch direkt berührt: „Diese Rechtsbeziehungen werden im Falle des Mißbrauchs der Rechte der MVM bzw. bei anderen Rechtsverletzungen durch ihre Mitarbeiter praktisch bedeutsam. Die Organe der DDR werden in diesen Fällen kraft originärer (ursprünglicher) Souveränitätsrechte der DDR wirksam. Die Grenzen des Wirksamwerdens der Staatsorgane der DDR werden durch die Rechte der DDR der UdSSR bzw. des Oberkommandierenden der GSSD gemäß der Erklärung der Regierung der UdSSR vom 25. März 1954 und dem Vertrag über die Beziehungen zwi-



Abb. K105:
Wappen der
britischen
Militärverbindungsmission
in Potsdam.

schen der DDR und UdSSR vom 20. September 1955 bestimmt.“¹³

Als besonderes Hindernis in der Verfolgungspraxis sah das MfS die Unverletzlichkeit der Beförderungsmittel der MVM an. Denn nach der WDK¹⁴ gehörten die Beförderungsmittel zu den Räumlichkeiten. Die bilateralen Abkommen über die MVM regelten die Unverletzlichkeit der Beförderungsmittel nicht ausdrücklich. Es konnte nur von der Annahme ausgegangen werden, dass die wechselseitig geübte Praxis eine Unverletzlichkeit der Beförderungsmittel garantierte. Ein Rechtsanspruch darauf existierte nicht. Die Instruktion des Oberkommandierenden der GSSD vom 11. September 1967 verpflichtete im Ar-

¹³ zu GVS JHS 001-52/75, S. 13

¹⁴ WDK – Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961

(Abbildung nur in der
gedruckten Broschüre
wiedergegeben)

Abb. K106: Opel der sowjetischen Militärverbindungsmissionen beim Stab des
US-Europakommandos in Frankfurt/Main um 1960.

¹² BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage 13 zu GVS JHS 001-52/75, S. 11 f. ¹³ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage

tikel 16 selbst für den Fall von „Festnahmen“ die handelnden Militärangehörigen dazu, „grundsätzlich keine Durchsuchung der Angehörigen der MVM vorzunehmen.“ Trotz der weitgehend gewährleisteten Unverletzlichkeit der MVM-Fahrzeuge behielten sich die „Organe“ der GSSD aber letztlich doch ein Zugriffsrecht vor, abgeleitet aus den völkerrechtlichen Grundsätzen des Diplomatenrechts und der internationalen Staatenpraxis bei unmittelbarer Feststellung von schwerwiegenden Missbrauchshandlungen und anderer Rechtsverletzungen oder auch „nur“ bei begründeten Verdachtsmomenten gegen einzelne MVM-Angehörige. Unter diesen besonderen Umständen sollte die Durchsuchung der dazu benutzten Fahrzeuge gestattet sein. Beweisstücke, die für eine weitere Untersuchung wichtig waren, durften dann bis zum Abschluss der Untersuchungen sichergestellt werden. Der Zugriff auf MVM-Fahrzeuge stellte als Einschränkung der Unverletzlichkeit der Beförderungsmittel aus völkerrechtlicher Sicht eine Repressalie dar, die in Beantwortung eines völkerrechtswidrigen Verhaltens eines Staates erfolgte. Er stellte nur deshalb keine Völkerrechtsverletzung dar, weil er eine berechnete Reaktion auf rechtswidriges Handeln war. So sah es zumindest das MfS.¹⁵ Die bilateralen Verträge zu den MVM sahen für deren Mitarbeiter, Angehörige und Gäste¹⁶ auf dem Territorium der DDR Rechte und Pflichten vor. Zu den Rechten, die eigentlich Vorrechte waren und zahlreiche Privilegien beinhalteten, gehörten die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten, die Unverletzlichkeit der Person, der freie Verkehr mit ihren Oberkommandierenden

für amtliche Zwecke, die Bewegungs- und Reisefreiheit, weitere Rechte, worunter beispielsweise die Befreiung von der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit oder die zollrechtliche Freistellung bei Einkäufen zählten. Insofern wurden den westlichen MVM in vollem Umfang jene Rechte zugestanden, die die DDR nach internationalen Gepflogenheiten auch diplomatischen Vertretern anderer Staaten gewährte. Nur mit dem Unterschied, dass die Rechte nicht von der DDR direkt eingeräumt worden waren. Den MVM der Westalliierten stand es frei, in Hotels zu übernachten, Ausstellungen, Messen, Geschäfte und Gaststätten zu besuchen.¹⁷ Auch die Unterhaltung mit Personen aus der DDR und UdSSR war ihnen nicht ausdrücklich verboten.

Aus den von dem Oberkommandierenden der GSSD eingeräumten Vorrechten und anderen Rechten resultierte grundsätzlich die Pflicht der MVM, ihrer Mitarbeiter, Familienangehörige und Gäste¹⁸, die geltende Rechtsordnung des Empfangs- und Aufenthaltsstaates einzuhalten. Eine Akkreditierung durch die GSSD mit einem speziellen

Ausweisdokument bildete die Voraussetzung für die Gewährung der Vorrechte für die Militärverbindungsmissionsmitglieder, deren Familienangehörige und Gäste. Sie waren vom Stabschef der GSSD oder dem Leiter der Außenpolitischen Abteilung des Stabes der GSSD unterschrieben. Die Ehefrauen der Missionsmitarbeiter erhielten ebenfalls besondere Personaldokumente, die zugleich Eintragungen ihrer Kinder im Alter bis zu 16 Jahren enthielten. Außerdem stellte der Stab der GSSD für jedes Fahrzeug der MVM für einen bestimmten Zeitraum einen Ausweis aus. Gäste der Missionen erhielten spezielle Gästerausweise. Grundsätzlich verweigerten alle MVM-Mitglieder die bilateral vereinbarte Legitimation durch spezielle Ausweispapiere gegenüber „Organen“ und Bürgern der DDR. Unter Verweis auf deren Nichtzuständigkeit. Insofern handelten sie nicht anders als auch die sowjetischen MVM bei der Aufforderung durch bundesdeutsche Behörden, sich durch Dokumente auszuweisen. In der Pflicht zum ständigen Tragen einer Uniform außerhalb der Räumlichkeiten der MVM und ihrer Privatwohnungen sahen sie ihre Legitimationspflichten als erfüllt an. Die Uniform war gewissermaßen der Ausweis und ihre speziell gekennzeichneten Fahrzeuge signalisierten die Zugehörigkeit der Insassen zu den MVM, egal ob als Mitarbeiter, Familienangehöriger oder Gast. Das Recht des freien Verkehrs mit ihren Oberkommandierenden für amtliche Zwecke beinhaltete vor allem das Recht der MVM auf freien Nachrichtenverkehr. Übereinstimmend räumten die bilateralen Vereinbarungen jeder Mission den Betrieb einer Funkstation zur Verbindung mit dem eigenen Oberkommandierenden ein und auch den Einsatz von Kurieren und Verbindungsleuten zwischen den MVM und ihren Oberkommandierenden. Diese Kurier genossen die gleiche Immunität wie diplomatische Kurier. Nach dem Inhalt der zweiseitigen Vereinbarungen und in Übereinstimmung mit den WDK durften die MVM sowohl im Funk- als auch Kurierverkehr Code und Chiffren benutzen.

17 Die Fortbewegung auf dem Territorium der DDR war den MVM nur mit ihren eigenen Fahrzeugen gestattet. Diese Fahrzeuge waren durch gelbe Nummernschilder mit Länderflagge und Nummer auffällig gekennzeichnet. Verließen Angehörige der MVM ihr Fahrzeug, mussten sie zu Fuß gehen. Öffentliche Verkehrsmittel oder Taxis durften sie nicht benutzen, auch nicht per Anhalter in Fahrzeugen anderer Personen oder Einrichtungen weiterfahren. Die Benutzung von Fahren (als Brückenersatz) war in das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mit eingeschlossen.

18 „Das Recht, diesen Gästen Hilfe und Unterstützung während ihres Aufenthaltes in der DDR zu gewähren, umfaßt z. B. Unterkunftsgewährung in den Räumlichkeiten der MVM, Mitnahme in den Fahrzeugen der MVM, Beratung beim Aufenthalt auf dem Territorium der DDR usw. Die Hilfe und Unterstützung, die die MVM ihren Gästen gewähren, ist entsprechend dem besonderen Charakter der MVM und ihrer spezifischen Funktion nicht als konsularischer Schutz und Interessenwahrnehmung im Sinne der Wiener Konvention über konsularische Beziehungen vom 24. 4. 1963, sondern als spezifische und begrenzte Form der Betreuung zu werten. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die MVM z. B. über keine Konsuln bzw. Konsularabteilungen verfügen und auch nicht in der Lage sind, die Interessen ihrer Gäste auf allen Gebieten wahrzunehmen und zu schützen. Bezüglich des in den zweiseitigen Vereinbarungen von 1946/47 ausgestalteten Rechts der MVM, Interessen der Staatsbürger ihres Entsendestaates, einschließlich deren Besitzinteressen zu vertreten, ist festzustellen, daß dieses Recht der MVM spätestens seit 1954, mit der Erlangung der vollen Souveränität der DDR, untergegangen ist. (Im zweiseitigen Abkommen über die Militärmissionen bei den sowjetischen und britischen Oberkommandierenden vom 16. September 1946 wurde im Punkt 11 Absatz 2 vereinbart: In jeder Zone haben die Missionen das Recht, Eingaben zu Fragen der Verteidigung der Interessen ihrer Staatsbürger sowie zu Fragen ihrer Besitzinteressen in der Zone zu machen. In den anderen zweiseitigen Vereinbarungen von 1946/47 wurde inhaltlich das gleiche Recht festgelegt.)“ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 29 f.

15 BStU, MfS, JHS Nr. 21841, Anlage 13 zu GVS JHS 001-52/75, S. 20

16 „Die MVM haben das Recht, Staatsbürger ihrer Heimatstaaten einschließlich Angehörige der Streitkräfte und Staatsbürger anderer Staaten als Gäste zu empfangen. Handelt es sich dabei um Gäste, deren Einreise in die DDR ausschließlich mit dem Ziel des Besuchs der MVM verbunden ist, erfolgt die Einreise in die DDR auf der Grundlage eines Gästerausweises, der von der Abteilung Außenbeziehungen beim Stab der GSSD auf Antrag ausgestellt wird. Mit der Ausstellung des Gästerausweises verpflichtet sich die GSSD, den Gästen der MVM die gleichen Privilegien und Immunitäten wie den Mitarbeitern der MVM zu gewährleisten und ihren persönlichen Schutz entsprechend zu gewährleisten.“ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 28 f.



Abb. K107: Blockade der französischen MVM-Besatzung Nr. 37 am 10. Januar 1984 in der Ortschaft Vietow unweit des Objekts der 43. Fla-Raketenbrigade nach einer Sperrgebietsverletzung. Die Kräfte der operativen Beobachtung der Abteilung VIII der BV Rostock und der NVA warten auf das Eintreffen des sowjetischen Kommandanten aus Rostock.



Abb. K108: Viersprachige Verbotsschilder wiesen in der DDR auf die Grenzständiger MVM-Sperrgebiete hin.

Die Kuriere und das Kuriergepäck genossen den besonderen Schutz der GSSD und umgekehrt den Schutz der westalliierten Oberkommandierenden. Das bedeutete für die Kuriere einerseits, dass sie persönliche Unverletzlichkeit genossen und weder verhaftet, festgenommen oder in anderer Weise in ihrer legitimen Kuriertätigkeit behindert werden durften. Andererseits waren sie auch in der Ausübung ihrer Kuriertätigkeit zu schützen. Das Kuriergepäck durfte weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Voraussetzung dafür war die Legitimation der Kuriere mit speziellen Ausweisdokumenten und die deutlich sichtbare Kennzeichnung des Gepäcks als Kuriergepäck. Der Inhalt des Kuriergepäcks sollte nur amtliche Dokumente oder andere für die Dienstgebrauch bestimmte funktionsbezogene Gegenstände enthalten, was natürlich durch das faktische Kontrollverbot in der Praxis nicht nachprüfbar war. Für die sowjetischen Militärverbindungsmissionen in der Bundesrepublik war das Kurier- und Funkwesen aufgrund der großen Entfernung zum Oberkommando der GSSD in Wünsdorf erheblich bedeutsamer als für die westlichen MVM. Sie benötigten nur die vergleichsweise kurze Strecke von Potsdam bis nach Westberlin, um von dort aus auf ihre stark ausgebauten und gesicherten militärischen, logistischen und nachrichtendienstlichen Infrastrukturen zurückgreifen zu können, selbst wenn sich die jeweiligen Oberkommandos ihrer Armeen ebenfalls weit entfernt im Westen und Südwesten der Bundesrepublik befanden. Die MVM-Unterstützungsapparate¹⁹ in Westberlin gewährleisteten einen schnellen und reibungslosen Informationsfluss auch unter den Missionen. Die große räumliche Distanz zwischen den drei sowjetischen Missionen in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone behinderte eine ähnlich straffe Organisation, wie sie der „Gegner“ aufgebaut hatte. Die Westalliierten profitierten auch zusätzlich von dem besonderen Sta-

¹⁹ vgl. Fußnote 1 in Kapitel 2

tus Berlins als geteilte Stadt. Sie durften den Luftraum 30 km um die Berliner Luftsicherheitszentrale (BASC)²⁰ unbeschränkt nutzen. Die westlichen MVM machten von dieser Aufklärungsmöglichkeit regen Gebrauch und unterhielten dafür entweder eigene kleine Aufklärungsflugzeuge vom Typ Chipmunk, wie die britische MVM, oder betrauten Flugzeuge ihrer jeweiligen Luftwaffe mit dieser Aufgabe. In sehr geringer Höhe von 150 m überflogen die Besatzungen dann grenznahe militärische Einrichtungen der NVA und Sowjetarmee und fertigten Luftaufnahmen davon an. Den SMVM²¹ stand in der Bundesrepublik keine Option für die Überwachung eines Teilbereichs aus der Luft zur Verfügung. Zu den zwei wichtigsten Kernpunkten der bilateralen Abkommen zählte die Unverletzlichkeit der Person und die Bewegungs- und Reisefreiheit der MVM-Angehörigen. Die Auslegung der Rechte und vor allem der Beschränkungen in diesen beiden Bereichen führte zu den meisten Problemen im Umgang mit den MVM. Denn die bilateralen Verträge waren in diesen Punkten sehr allgemein gehalten. Aus den Rechtsgrundlagen und der gegenseitig geübten Praxis ergab sich, dass

1) die Mitarbeiter, deren Familienangehörige und Gäste²² der MVM keinen strafprozessualen Zwangsmaßnahmen der GSSD und der DDR-Organen unterlagen,

2) erforderliche Maßnahmen ergriffen werden mussten, um jeden rechtswidrigen Angriff auf die Person des Mitarbeiters der MVM etc., ihrer Freiheit und Würde zu verhindern,

3) die Privatwohnungen der Mitarbeiter der MVM etc., sofern sie sich in der DDR befanden, die gleiche Unverletzlichkeit und den gleichen Schutz wie die Räumlichkeiten der Mission genossen,

4) die Papiere, die Korrespondenzen und persönliches Eigentum²³ der Mitarbeiter der MVM etc. unverletzlich waren,

5) die Mitarbeiter der MVM etc. die Immunität vor der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit²⁴ des Empfangsstaates bzw. Aufenthaltstaates genossen,

6) die Mitarbeiter der MVM etc. von allen staatlichen oder kommunalen Steuern, Abgaben und Gebühren, außer indirekten Steuern für Waren und Dienstleistungen, befreit waren,

7) die Mitarbeiter der MVM etc. nicht verpflichtet waren, persönliche Dienstleistungen jeder Art zu erbringen,

8) die Mitarbeiter der MVM etc. Gegenstände zollfrei einführen konnten, die für den Dienstgebrauch oder den persönlichen Gebrauch bestimmt waren,

9) das persönliche Gepäck der Mitarbeiter etc. keiner Kontrolle unterlag.²⁵

Die Bewegungs- und Reisefreiheiten beschrieben allgemein die Ziffern 8 beziehungsweise 10 der zweiseitigen Vereinbarungen der Oberkommandierenden. Die Instruktion des Oberkommandierenden der GSSD vom 11.9.1967 konkretisierte die Rechte und Pflichten in diesen Punkten und gab Orientierungen bei möglichen Verstößen. Nach Artikel 3 der Instruktion war es den Mitarbeitern der MVM etc.²⁶ gestattet, „sich frei auf dem gesamten Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zu bewegen, außer der Gebiete und Stellen, die unter Artikel 5 genannt sind.“ Die Bewegungs- und Reisefreiheiten der MVM unterlagen danach einigen Beschränkungen. Den MVM-Mitarbeitern war das Einfahren in bzw. Betreten von Gebieten, die für die MVM vom Oberkommandierenden der GSSD zu ständigen oder zeitweiligen Sperrgebieten erklärt worden waren, verboten. Im Zusammenhang damit war rechtlich bedeutsam, dass das Verbot zur Einfahrt in ständige oder zeitweilige Sperrgebiete erst von dem Zeitpunkt an rechtsverbindlich war, an dem der Oberkommandierende der GSSD die westlichen MVM davon unterrichtet hatte. Mit der Übergabe entsprechenden Kartenmaterials

galten die Einschränkungen als wirksam.²⁷ Den Mitarbeitern der MVM war es nicht gestattet, die Zufahrt zu Standorten von Militäreinheiten, Übungsgeländen, Schießplätzen und anderweitigen Militärobjekten der GSSD und NVA sowie Industrieobjekten der DDR, die durch Verbotsschilder gekennzeichnet waren, zu benutzen. Darüber hinaus galt ebenfalls ein Verbot zur Einfahrt und zum Betreten von Gebieten für die Dauer von militärischen Übungen, Transporten und Truppenverladungen, die nicht rechtzeitig zu zeitweiligen Sperrgebieten erklärt worden waren, wenn die GSSD oder NVA für die Dauer dieser Operationen Posten und Verbotsschilder einsetzte. Die Beschilderung von Zufahrtswegen zur Sicherung militärischer und anderer Objekte entwickelte sich zu einem Dauerstreitthema zwischen den Missionen, der GSSD und der DDR. Nur die von der GSSD durch Sperrschilder deklarierten Gebiete wollten die westlichen MVM anerkennen. Für Objekte der NVA, des MfS, der VP und von Industrieanlagen erfolgte die Ausweisung und Beschilderung als Sperrgebiet aufgrund gesetzlicher Regelungen der DDR, denen sich die westlichen MVM nicht verpflichtet fühlten. Ferner war den MVM-Mitarbeitern verboten,²⁸

1) außerhalb der Dienst- und Wohnobjekte der MVM Zivilkleidung zu tragen,

2) Truppen- und Kampftechnik der sozialistischen Verteidigungscoalition zu fotografieren,

3) Militärkolonnen der sozialistischen Verteidigungscoalition zu begleiten und zu beobachten,

27 Bezüglich der Sperrgebiete hieß es im Punkt 8 der zweiseitigen Vereinbarungen von 1946/47: Jeder Oberbefehlshaber wird die Mission benachrichtigen ... Entsprechend Artikel 9 der Instruktion der GSSD vom 11.9.1967 wurden die Grenzen der ständigen und zeitweiligen Sperrgebiete bei den Objekten der GSSD durch deren Oberkommandierenden und bei Objekten der NVA und anderen Objekten einschließlich Industrieobjekten durch die Regierung der DDR bzw. den zuständigen Staatsorganen festgelegt. In allen Fällen erfolgte die Bekanntgabe der Grenzen ständiger und zeitweiliger Sperrgebiete für die MVM durch die Außenpolitische Abteilung des Stabes der GSSD. Die Leiter der MVM erhielten Kartenmaterial mit den ständigen Sperrgebieten. Karten der zeitweiligen Sperrgebiete mit Angaben über In- und Außerkräfttreten des Verbots der Einfahrt für MVM wurden ebenfalls vom Stab der GSSD angefertigt und auf dem gleichen Weg übergeben wie die Karten mit den ständigen Sperrgebieten.

28 BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 26 f.

20 BASC – Berlin Air Safety Centre/BARTCC – Berlin Air Route Traffic Control Center im Flughafen Berlin Tempelhof

21 SMVM – Sowjetische Militärverbindungsmission

22 Das betraf Gäste, die im Besitz eines Gästerausweises waren.

23 Ausnahmen ergaben sich aus dem Artikel 31 WDK.

24 vgl. Fußnote 19.

25 BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 22 f.

26 Für Gäste ergab sich ggf. die konkrete Beschränkung aus örtlich begrenzten Aufenthaltsberechtigungen.

4) Eisenbahnanlagen während der Be- und Entladung von Truppen und Kampftechnik der sozialistischen Verteidigungs-koalition zu beobachten,

5) Geräte und Apparaturen zu benutzen, die Aufklärungszwecken bzw. Spionagezwecken dienen,

6) Kraftfahrzeuge zu benutzen, die nicht über die zwei vorgeschriebenen Kennzeichenschilder verfügen, die für die MVM-Fahrzeuge vorgeschrieben sind und die nicht als solche ausgewiesen werden können bzw. bei welchen die Kennzeichenschilder verschmutzt bzw. bei Dunkelheit nicht beleuchtet und daher unkenntlich bzw. schwer erkennbar sind,

7) Eisenbahnen, Wasserfahrzeuge und städtische Transportmittel einschließlich Taxis sowie andere, nicht der MVM gehörende Fahrzeuge, zu verwenden,

8) Personen, die weder zum Personal noch zu den Gästen der MVM gehören und deren Aufenthalt auf dem Gebiet der DDR durch die GSSD genehmigt wurde, in Fahrzeugen der MVM zu befördern,

9) Außerhalb von Sperrgebieten und gesperrten Objekten an den Stellen zu fotografieren, die für sie besonders gekennzeichnet sind (Beschilderung: Fotografier-Verbot),

10) Agitations- und Propagandatätigkeit zu betreiben, einschließlich dem Verbreiten von Zeitungen, Flugblättern, Broschüren und anderen Erzeugnissen antisozialistischen Charakters,

11) Provokationshandlungen vorzunehmen.²⁹

Sie hatten den Forderungen der von der GSSD, NVA und VP aufgestellten Absperungs- und Regulierungsposten Folge zu leisten und sich den Weisungen eines jeden Angehörigen der GSSD zu fügen. Andererseits war es den MVM-Mitarbeitern gestattet, bei ihrer Reisetätigkeit öffentliche, allgemein zugängliche Hotels in Anspruch zu nehmen, Geschäfte zu besuchen und darin einzukaufen sowie das

Abb. K109: Autokennzeichen der sowjetischen Militärverbindungsmission bei der britischen Rheinarmee, 70er Jahre.

Abb. K110: Autokennzeichen der amerikanischen Militärverbindungsmission bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, 80er Jahre.

Abb. K111: Autokennzeichen der französischen Militärverbindungsmission bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, 80er Jahre.

²⁹ Dazu zählte das MFS beispielsweise die Aktionen der britischen MVM, in der Vorweihnachtszeit mit Weihnachtsmannskostüm auf Tour durch die DDR zu gehen und an Kinder Süßigkeiten und kleine Geschenke zu verteilen.

Abb. K112: Autokennzeichen der britischen Militärverbindungsmission bei der Westgruppe der Truppen, ca. 1988/1989.

öffentliche Telefonnetz zum Zweck der Verbindung mit ihren Missionen zu nutzen. Insofern schwankte die DDR im direkten Kontakt mit den MVM zwischen Flagge zeigen und Zurückhaltung, Bündnistreue zur UdSSR und staatlichem Selbstverständnis. Kratzte bereits die Duldung der MVM-Aktivitäten schmerzhaft am politischen Image der DDR, geriet die Degradierung in eine bloße Buchhalterrolle für den Fall dass die MVM gegen die bilateral mit der GSSD ausgehandelten Grenzen in einer ohnehin breiten Grauzone verstießen, gar zur Schmach. Diese Ohnmacht durchzog auch den gesamten Sprachgebrauch der DDR und insbesondere des MfS hinsichtlich der Charakterisierung der Tätigkeit der westlichen Militärverbindungsmissionen und ihrer möglichen Abwehr: „Die obengenannten Einschränkungen der Bewegungs- und Reisefreiheit der Mitarbeiter der MVM entsprechen den Sicherheitsbedürfnissen der UdSSR, der DDR und der anderen Warschauer Vertragsstaaten, berücksichtigen die gegenseitig geübte Praxis und erweisen sich als notwendig, um der subversiven Tätigkeit der MVM, vor allem bei der Aufklärung des militärischen Potentials, des Kampfwertes und anderer strategisch bedeutsamer Daten über die GSSD und die Verbände der NVA, entgegenzutreten. Aus der Rolle der MVM sowie aus der Tatsache, daß ihre Mitarbeiter ausgewählte, speziell geschulte und erfahrene Spezialisten der Militäraufklärung sind, ergibt sich die Notwendigkeit, allen Versuchen der MVM entgegenzuwirken, die aufgezeigten Grenzen ihrer Bewegungs- und Reisefreiheit zu unterlaufen und rechtswidrig auf dem Territorium der DDR tätig zu werden.“³⁰ „Die westlichen MVM missbrauchen – als Vertretungen imperialistischer Staaten – die ihnen zur Erfüllung ihrer Verbindungsfunktion gewährten Vorrechte und damit eingeräumten Möglichkeiten der subversiven Tätigkeit gegen die DDR und die in der DDR stationierten Streitkräfte der UdSSR. Sie betreiben insbesondere umfangreiche

politische, ökonomische und militärische Aufklärung, sind an der Vorbereitung und Durchführung von Personenschleusungen nach Westberlin beteiligt, sind eingeordnet in die feindliche Kontaktpolitik und -tätigkeit, betreiben politisch-ideologische Diversion, begehen demonstrativ-provokative Handlungen u. a. m. Zur Vorbereitung und Begehung des Mißbrauchs und zu dessen Abdeckung verstoßen die Angehörigen der MVM in der Regel gegen ihnen ausdrücklich auferlegte spezielle Pflichten, verletzen die allgemeine Rechtsordnung der DDR und gefährden immer die öffentliche Ordnung und Sicherheit, vor allem im Straßenverkehr. Verletzungen solcher konkret auferlegten Pflichten werden von den

MVM-Mitarbeitern vor allem mit dem Ziel begangen, ihre Aktionsmöglichkeiten im Sinne der militärischen Aufklärung noch zu erweitern, sich der operativen Kontrolle zu entziehen sowie die Einleitung und Durchführung von Zwangsmaßnahmen wegen begangener Mißbrauchshandlungen oder anderer Rechtsverletzungen durch die GSSD mit Unterstützung der zuständigen Organe der DDR zu verhindern.“³¹ Von besonderer Bedeutung für die DDR waren auch die Rechte Dritter im Umgang mit den MVM, da diese nicht exakt von den bilateralen Abkommen der Jahre 1946/47 erfasst waren. Staatsbürger des Entsende-

³¹ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 32 f.



Abb. K113: Hauptmann Samuel Peoples (links) vom 1946. Communications Squadron erklärt 1985 während eines Besuchs von Offizieren der sowjetischen Luftwaffe die Kontrolle der alliierten Luftkorridore durch das BARTCC (Berlin Air Route Traffic Control Center) am Flughafen Berlin-Tempelhof. Im BARTCC arbeiteten amerikanische, britische und französische Fluglotsen seit 1946 zusammen.



Abb. K114: Oberstleutnant Perrin händigt dem sowjetischen Kommandanten aus Rostock die Ausweispapiere der französischen MVM-Besatzung Nr. 37 zur Prüfung aus. Die Luftwaffenaufklärer waren am 10. Januar 1984 in der Ortschaft Vietow unweit des Objekts der 43. Fla-Raketenbrigade nach einer Sperrgebietsverletzung durch operative Beobachter der Abteilung VIII der BV Rostock und der NVA blockiert worden.

staates der MVM, die sich aus dienstlichen, kommerziellen, touristischen oder privaten Gründen zeitweilig oder länger in der DDR aufhielten, wie Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen, akkreditierte Journalisten, Geschäftsleute und andere Staatsbürger konnten ohne besondere Genehmigung – unabhängig von einer Einladung – die MVM besuchen. Jedenfalls soweit die Militärverbindungsmissionen den Zutritt gewährten. Der Besuch der MVM durch DDR-Bürger war von der Rechtsordnung der DDR nicht speziell erfasst. Da die DDR die MVM als eine spezifische Art staatlicher Vertretung betrachteten, handelten die „Organe“ entsprechend der Verordnung über den Verkehr mit diplomatischen Missionen und anderen Vertretungen ausländischer Staaten in der DDR vom 2. Mai 1963.³² Sinngemäß hatten DDR-Bürger vor der Aufnahme von Verbindungen zu einer ausländischen Vertretung die erforderliche Genehmigung einzuholen. Unter diesem Aspekt kam der äußeren Absicherung der MVM-Gelände durch das MfS Bedeutung zu.³³ Den tatsächlichen Möglichkeiten des Einschreitens der Staatsorgane und Bürger der DDR gegen den „Missbrauch der Rechte und anderer Rechtsverletzungen durch die Mitarbeiter der MVM“, setzten die bilateralen Abkommen von 1946/47 enge Grenzen. Zwar sahen sich die Organe der DDR prinzipiell dazu berechtigt, erkannte Rechtspflichtverletzungen der MVM auf ihrem Territorium abzuwenden, aber nur unter Einsatz geeigneter Mittel und der Beachtung der bevorrechteten Stellung von MVM-Mitarbeitern. „Prinzipiell ist bei allen Maßnahmen der Organe der DDR gegen Mißbrauchshandlungen und andere Rechtsverletzungen davon auszugehen, daß die Vorrechte der Mitarbeiter der MVM (Unverletzlichkeit der Person und Beförderungsmittel, Bewegungsfreiheit u. a.) nur solange und nur in dem Maße beschränkt werden dürfen, wie dies zur Unterbindung der rechtswidrigen Handlung und zur Schaffung von Voraussetzungen für das

weitere Tätigwerden der Organe der GSSD unbedingt erforderlich ist. Bei allen, die Vorrechte der MVM zeitweilig einschränkenden Maßnahmen ist stets zu beachten, daß eine exakt beweisbare rechtswidrige Verhaltensweise der Mitarbeiter der MVM vorliegen muß. Wird das nicht gesichert, kann das zu politisch äußerst negativen Auswirkungen führen.“³⁴ Entsprechend sollten die „Organe“ der DDR durch Schulungen befähigt werden, Rechtsverstöße der MVM zu erkennen, aufzuklären, unter Beachtung der Vorrechte zu unterbinden und beweiskräftig zu dokumentieren. Dabei sollte die Anwendung konkreter Maßnahmen gegen die MVM in Abhängigkeit von der Art und Schwere der begangenen Rechtsverletzung getroffen werden. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel galt es dabei zu beachten. Als geeignet und vertretbar erachtete das MfS folgende Vorgehensweisen:

1) Der zielgerichtete Einsatz (demonstratives Auftreten) uniformierter oder ziviler Kräfte zur Störung möglicher oder erkannter Aufklärungshandlungen durch Mitarbeiter der MVM.

2) Das Blockieren der Fahrzeuge zur Verhinderung der Weiterfahrt oder der Flucht vom Ereignisort unter der Voraussetzung, dass die MVM-Mitarbeiter nachweisbare Mißbrauchs- oder andere rechtswidrige Handlungen beabsichtigen, begehen oder begangen haben.

3) Die Verhinderung der Beseitigung von Beweismitteln für Mißbrauchshandlungen und andere Rechtsverletzungen.

4) Das sonstige Behindern von Mißbrauchshandlungen, z. B. durch Aufstellen von Sichtblenden, Straßenverkehrsregelungen u. a. m.³⁵

Die Androhung von körperlicher und Waffengewalt gegen Personen und Fahrzeuge der MVM hatte dabei ebenso zu unterbleiben wie die Durchsuchung. Auch alle Befragungen, die nicht der notwendigen sofortigen Klärung des Sachverhalts dienten, galt es zu unterbinden. Für den direkten

Kontakt mit den MVM war nur die GSSD zuständig, befugt und anerkannt. Die GSSD hatte jederzeit die Möglichkeit, sowohl dem jeweilig zuständigen Oberkommandierenden, aber auch dem Leiter der MVM Empfehlungen persönlicher und sachlicher Art in bezug auf die MVM vorzutragen, soweit sie vom Rahmen der Vereinbarungen aus den Jahren 1946/47 erfasst waren und sich auf diese oder generelle völkerrechtliche Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, Großbritannien, Frankreich bzw. der DDR bezogen und Bedeutung für die Tätigkeit der MVM hatten. Als direkte Kooperationspartner reichten die Rechte der GSSD erheblich weiter als die der DDR. Die GSSD konnte verbindlich ständige und zeitweilige Sperrgebiete für die westlichen MVM erlassen, ihre Zufahrt zu militärischen und anderen Objekten unterbinden, das unabwendbare Verlangen der ordnungsgemäßen Legitimation der MVM-Mitarbeiter durch die ausgestellten Dokumente der OWS³⁶ und anderer Dokumente durchsetzen und notfalls auch die zwangsweise Sicherstellung von Beweismitteln anordnen. Selbst die vorläufige Festnahme von MVM-Mitarbeitern zur Klärung von Sachverhalten, die den Verdacht auf mögliche Rechtsverstöße begründeten und die Überführung in die nächste sowjetische Kommandantur notwendig machten, lag im Ermessen der GSSD. Als letztes und schärfstes Sanktionsmittel stand dem Oberkommando der GSSD die Erklärung zur unerwünschten Person (*persona non grata*) zur Verfügung. Die vorläufige Festnahme durch die GSSD und die Überführung zu einer Kommandantur vollzog sich nach verbindlichen Regeln. Mitarbeiter der westlichen MVM unterlagen der Festnahme, wenn sie gegen die für sie aufgestellten Vorschriften verstoßen hatten. Die Artikel 4 und 5 der Instruktion des Oberkommandierenden der GSSD zur Absicherung der Truppen und Militärobjekte gegen das Eindringen von Mitarbeitern der beim Oberkommandierenden der GSSD akkredi-

32 vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil II, 1963, S. 270
33 vgl. Kapitel 2

34 BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 34
35 BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 36

36 OWS – russ. Abkürzung für Außenpolitische Abteilung (des Stabes der GSSD)

tierten westlichen MVM listeten diese Verstöße auf. In diesen Fällen waren sämtliche Militärangehörigen der GSSD für den sofortigen Vollzug der Festnahme zuständig. Bei der Festnahme durften auch durch die sowjetischen Militärangehörigen weder Grobheiten noch Drohungen erfolgen. Die Anwendung von Waffengewalt sowie die Durchsuchung der MVM-Mitarbeiter und deren Fahrzeuge waren untersagt.³⁷ Den Wachen war die Unterhaltung mit den vorläufig festgenommenen MVM-Mitarbeitern nur gestattet, wenn es mit der Festnahme direkt im Zusammenhang stand. Erfolgte die Festnahme an einem Ort, der direkte Einsichtsmöglichkeiten in ein Militärobjekt oder auf Truppen und Kampftechnik bot, waren die festgenommenen Personen an einen Ort ohne Beobachtungsmöglichkeiten zu bringen. Der zuständige Garnisonskommandant musste über die Festnahme sofort unterrichtet werden. Er begab sich grundsätzlich persönlich an den Festnahmeort und nur bei seiner Abwesenheit vertrat ihn der als Kommandant amtierende Offizier oder sein Stellvertreter. Nach Überprüfung der Ausweispapiere und einer Informierung an Ort und Stelle über den Stand der Untersuchung und die Umstände der Festnahme entschied der sowjetische Kommandant über das weitere Vorgehen. Nach einer protokollarischen Aufnahme konnte bei leichten Verstößen die Weiterfahrt genehmigt werden. Bei Unklarheiten erfolgte die Überführung der festgenommenen Personen in seine Kommandantur. Lag diese Kommandantur in einem Sperrgebiet, war die nächste offene Garnisonskommandantur anzufahren. Über die Festnahme von Mitarbeitern der ausländischen Militärverbindungsmissionen erstattete der Kommandant seinerseits sofort Bericht an den Stab der GSSD. Der Bericht musste folgende Anforderungen erfüllen:

- 1) Zeit der Festnahme,
- 2) wer wurde festgenommen, zu welchen Missionen gehörten die festgenommenen Personen, deren militärischer

Dienstgrad, Vor- und Nachname,

3) Nummer des Kraftfahrzeugs, das von den Festgenommenen genutzt wurde,

4) wer hat die Festnahme vollzogen, deren militärischer Dienstgrad, Familiennamen, Initialen, Arbeits- und Dienstort,

5) Ort, Gründe, Umstände der Festnahme,

6) das Verhalten der Festgenommenen und wie sie die Gründe der von ihnen begangenen Verletzungen erklärten,

7) welche Maßnahmen wurden gegen-

über den festgenommenen Personen eingeleitet.³⁸

Der Kommandant unterlag dann den Weisungen des Stabes. Der Stab der GSSD behielt sich die Untersuchung der begangenen Verstöße vor, konnte die Bearbeitung aber auch dem regional zuständigen Garnisonskommandanten übertragen.

³⁸ BStU, MfS, JHS Nr. 21841, S. 39



Abb. K115: Ssgt. Daryl B. Knox (links) vom 1946. Communications Squadron instruiert Ssgt. John Bartels (Mitte) und A1C Vincent Lostritto am AN/GPN-12 Radar auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof (BARTCC/BASC).

³⁷ Bis auf wenige Ausnahmen bei schwerwiegenden Missbrauchshandlungen.

Militärinspektionen

Aus rechtlichen Gründen war den westlichen Militärverbindungsmissionen die Einfahrt nach Ostberlin in den sowjetischen Sektor verwehrt und umgekehrt den sowjetischen MVM die Einfahrt in die Westsektoren. Das beruhte auf dem gesonderten Status Berlins, resultierend aus den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition.³⁹ Die Alliierten hatten sich eine gemeinsame Verwaltung und Kontrolle der Stadt trotz ihrer Teilung in vier Sektoren vorbehalten. Das „Gebiet von Berlin“ stellte demnach kein Teil des Territoriums der sowjetischen Zone dar, sondern eine „von den übrigen Zonen Deutschlands unabhängige Sonderzone“, die von der Alliierten Kommandantur auf der Grundlage der Beschlüsse des Kontrollrates gemeinsam verwaltet wurde.⁴⁰ Die offenkundigen Widersprüche in der Berlin-Politik der Alliierten,

die faktisch seit 1961 bestehende Berliner Mauer mit einer Teilung der Stadt in zwei Gebiete, die rechtlich einseitige Deklaration Ostberlins als Hauptstadt der DDR⁴¹ mit Billigung der UdSSR und die fortwährende Sonderverwaltung der Westsektoren ließen zwar die Rechtsposition der Westalliierten hinsichtlich des Fortbestehens der Viermächteverwaltung für ganz Berlin bröckeln. Dennoch verteidigten die Alliierten eiserne ihre Zugangsrechte in alle Sektoren der Stadt. Die Widersprüche zwischen den rechtlichen Vereinbarungen und der tatsächlichen Lage zwangen aber letztlich auch die Politiker und Militärs der „freien Welt“ zu einer gewissen Anpassung an die Realitäten. Gestützt auf die 1958 von Dulles entwickelte „Agenten- bzw. Stellvertreter Theorie“, wonach die UdSSR die

politische Verwaltung von Berlin Ost nur kommissarisch und zu treuen Händen Dritter übertragen hatte, mithin also die DDR nur bestimmte Befugnisse als Vertreter der UdSSR zeitweilig wahrnahm, sprachen sie der DDR die Stellung als souveräner Staat ab. Die Hauptstadt der DDR unterlag nach dieser Rechtsauffassung weiterhin der Viermächteverwaltung, die von der Sowjetunion wahrgenommen werden musste, zumal sie sich durch einseitigen Vertragsbruch nicht aus ihrer Verantwortung entziehen konnte. Unbeirrt sahen die Westalliierten die UdSSR weiterhin in der Pflicht, alle Freizügigkeiten der Angehörigen ihrer Streitkräfte in Ostberlin (Hauptstadt der DDR) entsprechend des Viermächteabkommens⁴² zu garantieren. Selbst die teilweise diplomatische Anerkennung der DDR durch die Errichtung von Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Berlin, wohlgernekt „bei der Regierung der

39 Abkommen über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12. September 1944 sowie dem Abkommen über das Kontrollverfahren vom 14. November 1944, Artikel 7. Auf dieser Basis erhalten sowjetische Militärangestellte ebenfalls das Recht auf freien Zugang nach Westberlin.

40 Vgl. Boldyrew, V. N.: Westberlin und die europäische Sicherheit. Blickpunkt Weltpolitik. Berlin 1973

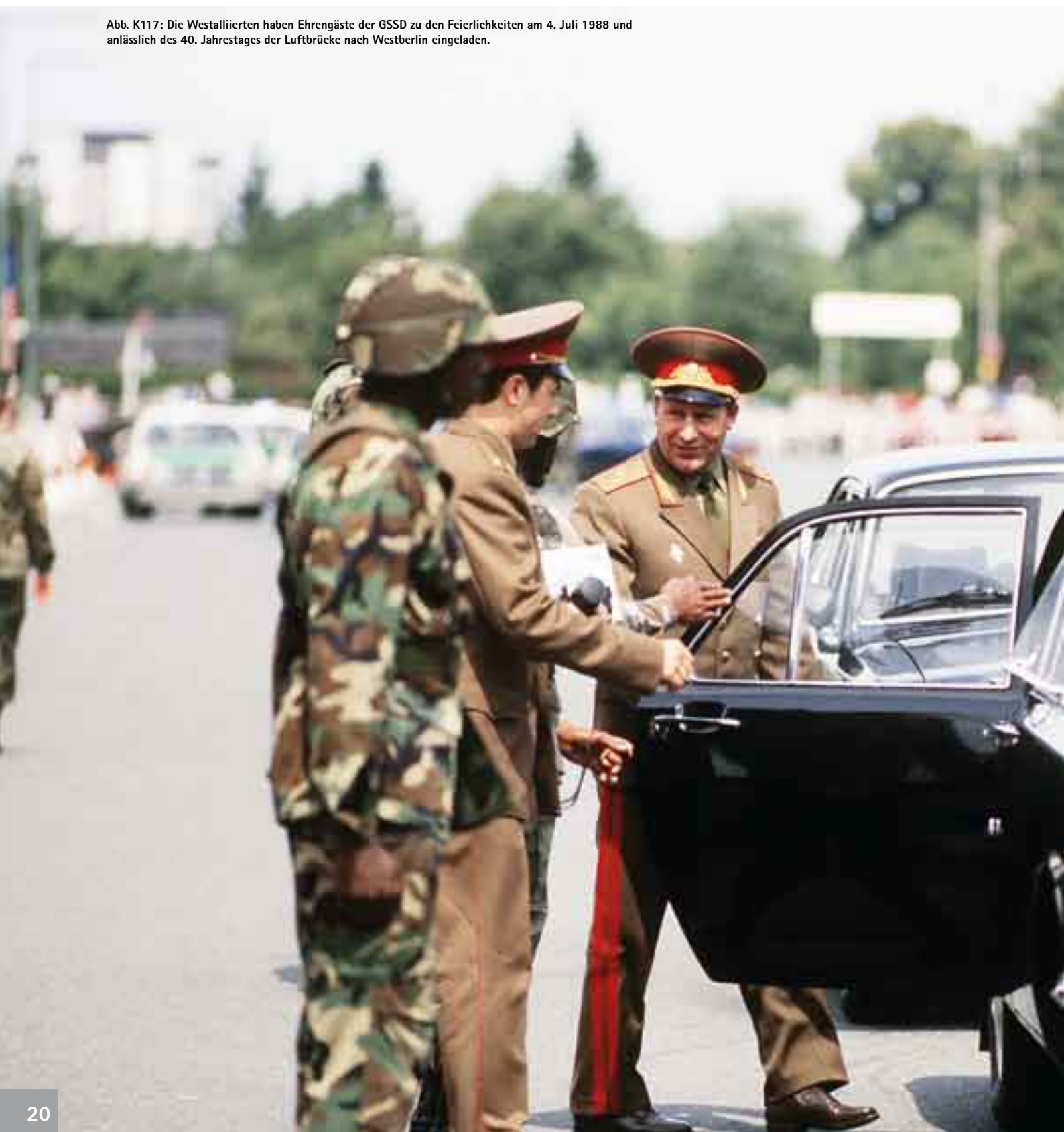
41 Als ehemaliger Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone wurde Berlin mit der Verfassung der DDR von 1949 zur Hauptstadt der DDR erklärt. Entsprechend wurden am 13.11.1949 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) die Verwaltungsfunktionen für Berlin Ost den Organen der DDR übertragen. Nach Auflösung der SMAD und Schaffung der sowjetischen Kontrollkommission (SKK) war ein Vertreter der SKK bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1952 tätig. Mit der Erklärung der Regierung der UdSSR vom 25. März 1954 erhielt die DDR die volle Souveränität auf ihrem Territorium einschließlich ihrer Hauptstadt.

42 Im Potsdamer Abkommen, dem Hauptdokument der Antihitlerkoalition, war keine den Status Berlins betreffende Regelung zu finden.



Abb. K116: Luftaufnahme des sowjetischen Ehrenmals im Tiergarten aus dem Jahr 1983. Das extraterritoriale Gebiet ist seit Anfang der 80er Jahre für die Öffentlichkeit gesperrt, nachdem es tätliche Zwischenfälle mit Westberliner Jugendlichen und der Wachmannschaft gab. Auch Alliierte konnten das Gelände dann nicht mehr betreten und nur noch aus dem vorbeifahrenden Bus betrachten. (Heute gibt es keine Wache mehr. Das Gelände ist noch immer gesperrt.)

Abb. K117: Die Westalliierten haben Ehrengäste der GSSD zu den Feierlichkeiten am 4. Juli 1988 und anlässlich des 40. Jahrestages der Luftbrücke nach Westberlin eingeladen.





DDR⁴³, führte nicht zu einem Verzicht auf die Rudimente der alliierten Vorbehaltsrechte, da nach ihrer Auffassung die UdSSR in der Hauptstadt der DDR noch immer das Besatzungsrecht ausübte. Folgerichtig erkannten die Westmächte prinzipiell nur Organe der UdSSR als rechtlich befugt an, Hoheitsrechte gegenüber den in die Hauptstadt der DDR einreisenden westlichen Militärangehörigen wahrzunehmen, egal ob in dienstlichen oder privaten Belangen. Wie die Militärverbindungsmissionen in den Besatzungszonen (DDR/BRD) übten in den Sektoren Berlins spezielle Gruppen alliierter Militärangehöriger täglich ihr Kontrollrecht durch Aufklärungsfahrten aus. Das Ministerium für Staatssicherheit taufte diese Gruppen „Militärinspektionen“ (MI) und ihre Tätigkeiten in Berlin Ost als „Inspektionsfahrten“. Die MI der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungstruppen wurden von ihren jeweiligen Garnisonskommandanten instruiert und im dienstlichen Auftrag in Berlin tätig. Ihre Fahrten waren untereinander koordiniert. Verbindungsaufgaben wie die MVM erfüllten sie im engeren Sinne nicht. Es ging vielmehr darum, täglich in Berlin Ost „Flagge zu zeigen“ und demonstrativ vor militärischen, nachrichtendienstlichen, politischen und wirtschaftlichen Zentren Aufklärungsaufträge zu erfüllen. Umgekehrt fuhrten sowjetische Militärinspektionen in die Westsektoren der Stadt und nahmen dort Kontrollhandlungen vor. Ihre Fahrten wurden durch die Abteilung Militärverbindungsmissionen der Verwaltung Aufklärung Wünsdorf beim Stab der GSSD in Kooperation mit der Abteilung Militärverbindungsmissionen bei der Sonderverwaltung des KGB bei der GSSD unter den Gesichtspunkten von Aufklärung und Ab-

43 Die ständige Vertretung der UdSSR bei der UNO erklärte im Mai 1975 in einem Schreiben an den UNO-Generalsekretär im Zusammenhang mit dem rechtlichen Status der Hauptstadt der DDR: „Was die Frage der gemeinsamen Verwaltung Berlins durch die vier Mächte betrifft, so haben bekanntlich die drei Mächte seinerzeit diese liquidiert, indem sie das vierseitige Abkommen und Beschlüsse nicht erfüllten ... Es ist absolut offensichtlich, daß sie keine Vorrechte auf Grund von Abkommen fordern können, die sie selbst verletzen und um so weniger irgendwelche Rechte in bezug auf die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.“



Abb. K118: Alliierten-Kontrollpunkt Checkpoint Charlie.



Abb. K119: Das „Sondergebiet“ Berlin-Karlshorst war durch MVM-Sperrgebietsschilder für die westlichen Militärinspektionen gekennzeichnet. Spezielle Verbotsschilder für die MI existierten nicht.

wehr koordiniert.⁴⁴ Die Berlin Brigade der GSSD in Karlshorst unterhielt ein Bataillon⁴⁵ für Wach- und Sicherungsaufgaben in Westberlin. Dieses Bataillon stellte Personal für die Wachmannschaften im alliierten Kriegsverbrechergefängnis Spandau, die Garde für das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten und für Militärpatrouillen in Berlin zur Verfügung. Im Unterschied zu den Militärverbindungsmissionen waren die Militärangehörigen der MI nicht bei der GSSD akkreditiert und auch in keiner anderen Form seitens der UdSSR oder der DDR anerkannt. Davon ausgehend, dass noch bestehende Rudimente einer früher auf Gegenseitigkeit beruhenden Praxis der vier Großmächte der ehemaligen Antihitlerkoalition erhalten geblieben waren, musste die DDR die Arbeit der MI dulden, um keine Eskalation zu riskieren. Im gemeinsamen abgestimmten Vorgehen mit der UdSSR und in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Zielen gestattete die DDR zähneknirschend den Militärangehörigen der drei Westmächte die erleichterte Ein- und Ausreise von und nach Ostberlin ausschließlich über die Grenzübergangsstelle Friedrich-/Zimmerstraße (Checkpoint Charlie). Die DDR betonte dabei stets, dass ihre prinzipielle Rechtsposition davon unbeeinflusst blieb.⁴⁶ Hinsichtlich der Rechte und Pflichten unterschieden sich die MVM und MI nicht. In Berlin Ost existierten mit Ausnahme des Sondergebiets Karlshorst allerdings keine ausgewiesenen MVM-Sperrgebiete. MI-Besatzungen war das Verlassen der Stadtgebietsgrenzen von Berlin Ost untersagt. Auch das direkte Grenzsperrgebiet zu Berlin West durften sie nicht verletzen. Die Überwachung der MI-Aktivitäten oblag dem MfS und wurde ebenfalls durch die HA VIII realisiert, wenn auch durch die Abteilung 3 und nicht 5 wie bei den MVM.⁴⁷ Die Hauptziele der MI-Überwachung definierte die HA VIII wie folgt: „Das Tätigwerden der

⁴⁴ vgl. Kapitel 5

⁴⁵ 133. selbstständiges motorisiertes Schützenbataillon (Spezialaufgaben) der 6. motorisierten Schützenbrigade (Berlinskaja Brigada), Feldpostnummer 81544 ?

⁴⁶ BSTU, MfS, JHS Nr. 24222, S. 10

⁴⁷ BSTU, MfS, HA VIII (AKG) Nr. 1307, S. 22



Abb. K120: Angehörige der U.S. Air Force Europe auf Besichtigungstour in Westberlin. Sie verfolgen 1981 aus dem Bus heraus den Wachwechsel vor dem sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten ...

MI in der Hauptstadt der DDR gehört zu den nicht mehr begründbaren Rudimenten des ehemaligen Viermächte-Status für Berlin. Die Überwindung dieser Rudimente ist nur im Rahmen der abgestimmten außenpolitischen Strategie der sozialistischen Staatengemeinschaft schrittweise durchsetzbar. Gegenwärtig kommt es vor allem darauf an, offensiv und auf der Grundlage eines klaren Rechtsstandpunktes, jegliche Bestrebungen zur Ausweitung solcher Rudimente zu verhindern. Die politisch-operative Arbeit muß deshalb insbesondere dazu beitragen, die Aktivitäten der MI zuverlässig unter Kontrolle zu halten, subversive Handlungen weitgehend vorzubeugen und zu verhindern sowie Verletzungen der Rechtsordnung der DDR allseitig zu dokumentieren.⁴⁸

48 BStU, MfS, JHS Nr. 21841 S. 41



Abb. K121: ... und auf Besichtigungstour in Ostberlin. Sie beobachten die Wachablösung vor der Neuen Wache.